

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Zeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von A. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 22. Mai 1879.

Nr. 235.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Freitag Abend.

Deutschland.

Berlin, 21. Mai. Die „Provinzial-Korrespondenz“ bemerkt zum Rücktritt des Herrn von Jordanbeck, daß dessen Schritt einen lebhaften Eindruck im Reichstage und in allen politischen Kreisen gemacht habe. Abgesehen von der allseitigen Ueberzeugung, so fährt die „Prov.-Korr.“ fort, daß seine in einer Reihe von Jahren erprobte und im höchsten Maße gewürdigte Kraft in der schwierigen Leitung der Geschäfte des Reichstages schwer zu ersetzen sein wird, mußte die Begründung seines Entschlusses, welche ausdrücklich auf den Gegensatz über die schwebenden politischen Fragen hinweist, die parlamentarische Erregung im Augenblicke noch steigern.

Herr v. Jordanbeck hatte über den entschiedenen und lebhaften Widerspruch, in welchem er sich den Auffassungen und Bestrebungen der Mehrheit, die sich zur Durchführung der Wirtschaftsreform vereinigt hat, befindet, schon durch eine vor einigen Tagen bei einem öffentlichen Festmahl gehaltene Rede sich unumwunden und in einer Weise geäußert, welche keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß er sich nicht mehr als den berufenen Vertreter des Reichstages in seiner jetzigen Parteigruppierung ansehen konnte. Er hat dieser Ueberzeugung ausdrücklich gehandelt, und Niemand wird ihm daraus von irgend einem Standpunkte einen Vorwurf machen können.

Inwieweit sein Rücktritt vom Präsidium, zumal im Zusammenhange mit den politischen Vorgängen, die seinen Entschluß ansehend zur Reife gebracht haben, von weiter gehender Bedeutung für die Entwicklung des Parteiwesens werden kann, das wird sich erst im Verlaufe der Bewegung, welche sich an die jetzigen Verhandlungen des Reichstages knüpft, bestimmter beurtheilen lassen.

Ueber den neuen Reichstagspräsidenten schreibt die „Nat.-Ztg.“:

Gestern fiel die Ueberraschung des Rücktritts des Reichstagspräsidenten von Jordanbeck in den Reichstag; heute sah schon in nicht minder überraschender Weise ein neuer Präsident auf dem Stuhle, den jüngst noch Herr von Jordanbeck eingenommen hatte. Herr von Seydewitz, eine in der preussischen Kammer sehr angesehene und mit den wichtigsten Kommunalämtern betraute Persönlichkeit, war, trotzdem er seit dem Jahre 1867 dem Reichstage angehörte, nur dem engeren Kreise seiner konservativen Freunde bekannt, in welchem er als Fraktionsvorsitzender fungierte. Dem Reichstag und dem deutschen Volke wurde sein Name nur hier und da durch von seinen Gönnern für ihn abgegebene Stimmzettel in das Gedächtnis gerufen. Die lakonische Rede, mit welcher Herr v. Seydewitz heute sein Amt antrat, war, soweit ermittelt werden konnte, abgesehen vielleicht von einigen gelegentlichen geschäftlichen Bemerkungen, auch seine parlamentarische Jungferrede.

Bei der Wahl wurden 204 beschriebene Zettel abgegeben — eine für den Reichstag und seine Parteien so ominöse Zahl. Die Konservativen, die Freikonservativen und das Centrum stimmten geschlossen für Herrn v. Seydewitz, der 195 Stimmen auf sich vereinigte, 9 Stimmen versplitterten sich, 119 weiße Stimmen markirten die Minorität. Noch gestern Abend waren die Parteien, die sich heute in der Mehrheit zusammenschlossen, sehr weit auseinander. Die Freikonservativen wollten Herrn Lucius auf die erste Stelle erhoben haben, die Konservativen zeigten wenig Lust, das Experiment zu übernehmen, dem Hause unter den gegenwärtigen Umständen einen Präsidenten zu geben, das Centrum erhob sich mit Nachdruck gegen den Vorschlag Lucius. Aber die Nacht bringt Rath und die Morgenstunde hat Gold im Munde — heute vor der Sitzung war die Einstimmigkeit unter jenen drei Fraktionen wieder hergestellt. Was die weiteren Bedingungen dieses Zusammengehens sind, das wird man bei der demnächst wohl bevorstehenden Wahl eines ersten Vizepräsidenten sehen.

Der neue Präsident Herr v. Seydewitz hat eine unparteiische Handhabung der Geschäfte versprochen und die Unterstützung aller Parteien in Anspruch genommen; dieselbe wird ihm sicher von liberaler Seite bei seiner schwierigen Amtsführung

nicht fehlen. Wie weit er der großen Aufgabe gewachsen ist, die er übernommen hat, das kann einzig der Erfolg zeigen. Das Wohlwollen und der geschäftsgewandte Sinn des Herrn v. Seydewitz, der mit großem Geschick die kommunalständischen Angelegenheiten und namentlich die landwirtschaftliche Bank in der Lausitz dirigirte, werden von seinen Freunden und Bekannten sehr gerühmt. Herr von Seydewitz hat, um diese seine Funktionen fortführen zu können, seiner Zeit die Oberpräsidentenwahl von Schlesien ausgeschlagen. Wir hegen den aufrichtigen Wunsch, daß es ihm gelingen möge, die bewegte und ernste Session, in der wir uns befinden, ohne besondere Zwischenfälle zu Ende zu führen. Der ganze Verlauf der Angelegenheit scheint uns die Wichtigkeit des von Herrn v. Jordanbeck gethanen Schrittes nochmals ausdrücklich zu rechtfertigen. Die liberale Partei ist in eine defensive Stellung zurückgebrängt, als Reserve für eine liberal-konservative Koalition zu dienen, weist sie selbstverständlich von sich. Der Rücktritt des Herrn v. Jordanbeck giebt davon einen schlagenden Beweis. Mag die Gegenwart für die liberale Partei verloren sein, so hat sie die Aufgabe über die unnatürlich verschobenen Verhältnisse des Augenblicks ihre Zukunft zu wahren. Ein Beharren in der seitigeren äußeren Stellung wäre für die liberale Partei eine Veragung ihrer Lebenskraft geworden, die sie für bessere Zwecke bewahren mag.

Der heute an v. Jordanbecks Stelle zum Präsidenten des Reichstages gewählte Abgeordnete Otto Theodor von Seydewitz auf Neichenbach und Biesig ist am 11. September 1818 zu Groß Nadeburg im Anhaltischen geboren; er besuchte das Gymnasium zu Torgau, dann bis 1840 die Universität Berlin; trat, nachdem er beim Kammergericht das Auskultator-Examen bestanden hatte, beim Land- und Stadtgericht in Görlitz in den Staatsdienst, wurde 1842 bei der königl. Regierung zu Merseburg beschäftigt, verwaltete 1844—1845 das Landrathsamt in Merseburg, wurde 1855 zum Landesbestallten der preussischen Oberlausitz, 1858 zum Landrath des Görlitzer Kreises gewählt, welches Amt er aufgab, nachdem er 1864 zum Landeshauptmann und Landesältesten der preussischen Oberlausitz erwählt worden war. Seit 1845 ist derselbe Mitglied des Oberlausitzer, seit 1851 des schlesischen Provinziallandtages, dessen Vize- und Landtagsmarschall er war. Er ist ferner Vorsitzender des Provinzial-Ausschusses von Schlesien, Mitglied der Central-Landtagsdirektion für die preussischen Staaten und Präsident der Oberlausitzer Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz. Der Wahlkreis Rathenburger-Hoyerswerda schickte Herrn von Seydewitz im Frühjahr 1867 in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes und hat ihm seitdem bei jeder Reichstagswahl sein Mandat erneuert. Herr v. Seydewitz ist Mitglied der deutsch-konservativen Fraktion und war bei den Präsidialwahlen am 13. Februar d. Js. Kandidat der beiden konservativen Parteien für das Amt des Präsidenten, wo er 67 Stimmen (v. Jordanbeck 151) erhielt, und für das Amt des ersten Vizepräsidenten, wo er im dritten Wahlgange (mit 80 Stimmen) gegen Freiherrn von Stauffenberg (88 Stimmen) unterlag.

Die liberale belgische Presse widmet dem am 19. d. hingeshiedenen Bürgermeister von Brüssel Anspach sympathische Nachrufe, in denen mit Recht hervorgehoben wird, daß nicht bloß die Hauptstadt, sondern die gesammte freisinnige Partei Belgiens einen schweren Verlust erlitten hat. Herr Anspach, welcher seit dem 12. Juni 1866 auch der Repräsentantenkammer als Abgeordneter der Hauptstadt angehörte, wurde am 20. Juli 1829 in Brüssel geboren. Seit dem 27. Oktober 1857 war er Mitglied des Kommunalrathes und wurde, nachdem er fünf Jahre als Schöffe (échevis) fungirt hatte, am 15. Dezember 1863 zum Bürgermeister ernannt, in welcher Eigenschaft er sich hervorragende Verdienste um die städtische Verwaltung erwarb. In dem Nachrufe, welchen die „Indépendance Belge“ veröffentlicht, heißt es unter anderem hinsichtlich des Verstorbenen: „Sein vorzeitiger Tod wurde durch das Uebermaß von Arbeit verschuldet, welches ihm seine doppelten Funktionen als Bürgermeister und als Deputirter auferlegten. Es wäre unmöglich, ein größeres Maß von Eifer und Ergebenheit, von Intelligenz und von Thätigkeit zu entfalten, als der Hingeshiedene sich angelegen ließ. Die Dienste, welche derselbe der Stadt Brüssel geleistet hat, sind unermesslich.“ In

dem Kampfe gegen die Klerikalen stand Herr Anspach rückhaltlos auf Seiten des Fortschrittes, während er andererseits durch sein maßvolles Verhalten allen Ausschreitungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen mochten, entgegenzutreten wußte.

Ueber die augenblickliche Stellung des Grafen Andrassy ist es nicht leicht, sich Klarheit zu verschaffen. Die magyarischen Oppositionsblätter, voran der „Egypertes“, behaupten, die Militärpartei in Wien sei über die austro-türkische Konvention empört und dringe auf die sofortige Befestigung von Novi-Bazar und diese Partei habe ein solches Uebergewicht, daß Andrassy seine Demission bereits gegeben habe. Diese Nachricht ist zweifellos übertrieben; doch wäre es nicht unmöglich, daß Andrassy derartigen Gerüchten selbst Vorbehalt leistet, weil es ihm willkommen ist, zuweilen die Hofpartei an die Wand zu malen, um einen Druck auf die ungarischen Regierungskreise auszuüben. Indessen ist, wie der Bester Korrespondent der „N.-Z.“ mittheilt, so viel sicher, daß Graf Andrassy durch den Abschluß der Konvention die Unterstützung der Hofpartei verloren habe. Dadurch werde er gezwungen, sich den parlamentarischen Parteien mehr zu nähern. Die Hofpartei werde, wenn sie die Dinge auf die Spitze treibe, nur ihre eigene Niederlage besiegeln und werde sich daher ihre Schritte wohl überlegen.

Die englischen Schutzöllner machen trotz der wiederholten Abweisung, die sie von Seiten des Parlaments erfahren haben, immer von Neuem den Versuch, ihren Bestrebungen bei der gesetzgebenden Körperschaft Geltung zu verschaffen. So hatte gestern der Herzog von Rutland die Aufmerksamkeit des Oberhauses auf die zunehmende Nothlage des Handelsstandes und sprach die Ansicht aus, daß am besten durch Einführung von Einfuhrzöllen geholfen werden könne. Lord Beaconsfield lehnte es ab, auf den Gegenstand einzugehen, die Frage sei nur dann diskutirbar, wenn ein genau präzisirter Antrag gestellt werde.

Wie der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, hat Lord Salisbury den englischen Handelskammern den Entwurf des neuen deutschen Zolltarifs behufs näherer Auslastung vorgestellt mit dem Bemerkten, daß England allerdings kein Recht zur Beschwerde zustehe, daß er aber wegen etwa nachweislicher besonderer Härten in Berlin Vorstellungen erheben würde.

Das „Journal de St. Petersburg“ erklärt, nach einer Petersburger Denkschrift des „W. L. V.“ von heute Morgen, die Behauptung deutscher Blätter, Rußland hätte angesichts des neuen deutschen Zolltarifs mit Repressalien bezüglich der Einfuhr von Schienen, Eisen und Lokomotiven gedroht, für durchaus unbegründet. Die Frage sei gar nicht erwogen worden, Rußland habe seine Tarife niemals durch Verträge gebunden und erlenne bei anderen Staaten die nämliche Freiheit an.

Wie von der Sierra Leone-Küste gemeldet wird, hat als Antwort auf die Befestigung der Insel Macatong durch die Franzosen, der Gouverneur Samuel Howe, begleitet von 150 Mann, darunter 50 bewaffnete Polizisten, die britische Flagge zu Kitonah an Scaries-Flusse aufgezogen. Die französischen Kaufleute ziehen ihre Waaren von dort zurück aus Furcht vor dem Ausbruch eines Krieges.

Dem Vernehmen nach ist das über den Untergang des „Großen Kurfürsten“ ergangene kriegsrechtliche Erkenntnis von Sr. Majestät dem Kaiser aufgehoben, und ein neues Kriegsgericht bestellt worden, zu dessen Präses dem Vernehmen nach der General-Inspelleur der Artillerie, v. Poddbielst, ernannt ist.

Ausland.

Paris, 19. Mai. Versailles war ziemlich stark besucht, da die Angelegenheit der Döjese von Aix zur Besprechung kommen sollte. Der Minister Lepere gab so energische Erklärungen, daß selbst die äußerste Linke zufrieden gestellt war. Uebrigens weiß ich aus sicherer Quelle, daß die Regierung entschlossen ist, das aufrührerische Treiben der Geistlichkeit nicht länger zu dulden und, falls sie sich nicht fügt, die Strafen der Gesetze gegen sie in Anwendung zu bringen. In Versailles beschäftigte man sich heute vielfach mit dem gestrigen Artikel der „Rep. fr.“ und dem heutigen Artikel der „Debats“, welche beide England und seine neueste Politik scharf

angreifen. Es erscheint nothwendig, jetzt, wo man die Militär-Organisation fast vollständig beendet hat und sich wieder stark fühlt, bei jeder Gelegenheit wieder daran zu erinnern, daß man auch Großmacht ist. Von den Reden, welche gestern Louis Blanc in Troyes und Victor Hugo in Paris, letztere zur Feier des Jahrestages der Emanzipation der Neger der französischen Kolonien, hielt, sprach man nur wenig. Louis Blanc, der sich von Clemenceau überflügelt sieht, bereitete sich, das französische Ministerium ebenfalls heftig anzugreifen, und Victor Hugo kleidete wieder einmal verrückte Ideen in schöne Worte. Näher auf seine Rede eingehen, lohnt sich der Mühe nicht. Es sei nur bemerkt, daß Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland, zu denen er aus Barmherzigkeit auch noch England hinzuzufügt, die Civilisation in der Welt vertreten und deshalb einen Bund schließen müssen, um die Barbaren des Nordens zu bekämpfen. Seine Rede schließt er mit der naiven Prophezeiung, daß es dem 20. Jahrhundert vorbehalten sei, Afrika zu kolonisiren.

Paris, 20. Mai. Die äußerste Linke hat heute beschlossen, am Sonnabend die Interpellation über die Ausführung des Amnestiegesetzes einzubringen. Die Abgeordneten Ledroy und Clemenceau werden sprechen und eine modifizierte Tagesordnung beantragen, in welcher dem Bedauern über die Art der Ausführung des Amnestiegesetzes Ausdruck gegeben wird. Das Ministerium wird dagegen die Annahme der einfachen Tagesordnung verlangen und die Kabinetsfrage stellen. Es gilt als unabweisbar, daß sich die Majorität für das Ministerium entscheidet.

London, 20. Mai. An Dille's Angriffe gegen die Regierung betreffend die griechische Frage knüpfte sich die Befürchtung vor einer Abkühlung oder einem Entgegenwirken zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs; das aber wird von dem auswärtigen Amt nachstehenden Kreisen entschieden und unter Vorlegung der Gründe bestritten; der demnachst vorzulegende Schriftwechsel werde das loyale Zusammengehen beider Staaten nachweisen. Frankreich habe die Initiative unter der herzlichen Zustimmung Englands übernommen und sich andererseits den Wünschen Englands gegenüber so zuvorkommend als möglich erwiesen. Der Punkt betreffend die Abtretung Janinas an Griechenland ist zwischen beiden Regierungen noch nicht zum Austrag gekommen. Der Widerspruch gegen die vorgeschlagene Botschafterkonferenz in Konstantinopel ging weniger von der Türkei oder England, als von Griechenland selbst aus, welches das Vorherrschen türkenfreundlicher Einflüsse befürchte. England und Frankreich sollen sich über den Vorschlag eines Vergleichs geeinigt haben, welcher alle berechtigten Ansprüche Griechenlands befriedigen würde.

Wie der Londoner Berichterstatter des Manchester Guardian meldet, hat Lord Salisbury den englischen Handelskammern den Entwurf des neuen deutschen Zolltarifs behufs näherer Auslastung vorgestellt mit dem Bemerkten, daß England allerdings kein Recht zur Beschwerde zustehe, daß er aber wegen etwa nachweislicher besonderer Härten in Berlin Vorstellungen erheben würde.

Konstantinopel, 17. Mai. General Stolypin hatte gestern eine Zusammenkunft mit Aletto Pascha und Prinz Lobanow. Heute reiste er behufs Ernennung der Officiere für die ostrumelische Militz nach Philippopol ab. Die Stabsofficiere sollen vom Generalgouverneur ernannt, die Lieutenanten aus denjenigen Bulgaren ausgewählt werden, welche bereits eine militärische Schulung durchgemacht haben, während die Hauptleute der Kenntnis des Bulgarischen wegen füglich bloß aus der russischen Armee genommen werden könnten, wobei jedoch nach Stolypin's Ansicht alle panslawistische Bestrebungen ausgeschlossen und vorwiegend die Polen begünstigt werden sollen, denen man doch keine panslawistischen Sympathien zuschreiben könnte. General Vitalis ist zum Oberbefehlshaber der Militz ernannt worden und soll die Wahl der für die neuen Bataillone erforderlichen 36 Hauptleute vornehmen. Sobald dieses Geschäft erledigt ist, wird General Stolypin sein Hauptquartier nach Sklino verlegen, während Stobelew von dort nach Burgas weiterzückt. Aletto Pascha wurde alsdann, begleitet von seinem Generalsekretär Gavril Effendi Christowitschi, binnen zehn Tagen in Philippopol ein treffen.

